



ZDF-Politbarometer Juli I 2015 - Nur 10 Prozent meinen, es hätte weitere Zugeständnisse an Griechenland geben sollen / Deutsche...

ZDF-Politbarometer Juli I 2015 - Nur 10 Prozent meinen, es hätte weitere Zugeständnisse an Griechenland geben sollen / Deutsche...
Werden sich die Griechen beim Referendum hinter ihre Regierung stellen? Copyright: ZDF/Forschungsgruppe Wahlen
Nur 10 Prozent meinen, es hätte weitere Zugeständnisse an Griechenland geben sollen / Deutsche erwarten Niederlage der griechischen Regierung beim Referendum
Eine dramatische Entwicklung in der Eurokrise und vergleichsweise wenig Veränderungen in den Einstellungen der bundesdeutschen Bevölkerung: Zwar gehört jetzt für 49 Prozent (Juni: 13 Prozent) das Thema Euro und Europa zu den beiden wichtigsten politischen Problemen in Deutschland, aber genau wie vor drei Wochen wollen 41 Prozent, dass Griechenland im Euro bleibt. 52 Prozent (Juni: 51 Prozent) sprechen sich gegen den Verbleib des stark verschuldeten Landes im Euroraum aus (Rest zu 100 Prozent hier und im Folgenden jeweils "weiß nicht").
Verhandlungen über griechische Reformmaßnahmen
Die nächste Rate der Hilfgelder an Griechenland hätte nur ausgezahlt werden können, wenn sich die Gläubiger mit Griechenland über die geforderten Reformmaßnahmen geeinigt hätten. Dass die EU bei diesen Verhandlungen mehr Zugeständnisse an Griechenland hätte machen sollen, meinen nur 10 Prozent aller Befragten. 85 Prozent hätten weitergehende Zugeständnisse als falsch empfunden. Forderungen nach mehr Zugeständnissen sind bei den Anhängern der Linke (28 Prozent), der SPD (18 Prozent) und den Grünen (15 Prozent) am häufigsten vertreten. Anhänger von CDU/CSU (4 Prozent) und der AfD (3 Prozent) sehen das deutlich seltener so.
Deutsche erwarten keinen Rückhalt für griechische Regierung beim Referendum
Jetzt sollen die Griechen darüber abstimmen, ob sie die von den Gläubigern vorgelegten Vorschläge gutheißen. Dabei erwartet eine klare Mehrheit der Deutschen (57 Prozent) keine Unterstützung für die Position der griechischen Regierung, die eine Ablehnung der Reformmaßnahmen empfiehlt. Nur 32 Prozent gehen davon aus, dass sich die Mehrheit der Griechen hinter die eigene Regierung stellen wird.
Wirtschaftlicher Schaden für Deutschland durch möglichen Bankrott Griechenlands
Fast genau wie vor drei Wochen, erwarten 27 Prozent einen (sehr) starken ökonomischen Schaden für Deutschland falls Griechenland bankrottgeht, 67 Prozent gehen von einem nicht so starken oder überhaupt keinem wirtschaftlichen Schaden für Deutschland aus.
Zukunft des Euro und der EU
Trotz aller aktuellen Probleme meint eine Mehrheit (64 Prozent), dass der Euro langfristig eine erfolgreiche Währung sein wird. Lediglich 31 Prozent sehen das nicht so. Ähnlich viele (29 Prozent) sehen in der momentanen Euro-Krise eine Gefahr für den Fortbestand der Europäischen Union, 67 Prozent sehen diese Gefahr nicht.
TOP TEN
Politische Krisenzeiten führen zu einer erhöhten Wahrnehmung von Spitzenpolitikern. In dieser Woche konnten sich die meisten bei ihrem Imagewert verbessern: Weiterhin führt Bundeskanzlerin Angela Merkel die Liste der nach Ansicht der Befragten wichtigsten zehn Politiker/innen an. Sie erreicht jetzt auf der Skala von +5 bis -5 einen Durchschnittswert von 2,3 (Juni: 2,2). Auf Platz zwei vorgerückt ist Wolfgang Schäuble mit 2,2 (Juni: 1,9) vor Frank-Walter Steinmeier mit unveränderten 2,0. Mit Abstand folgen Sigmar Gabriel mit verbesserten 1,1 (Juni: 0,8), Manuela Schwesig mit 0,9 (Juni: 0,7), Thomas de Maizière mit deutlich verbesserten 0,7 (Juni: 0,3), Gregor Gysi mit 0,6 (Juni: 0,7), Ursula von der Leyen mit 0,5 (Juni: 0,6), Andrea Nahles mit 0,2 (Juni: 0,1) und Horst Seehofer mit unveränderten 0,0.
Projektion
Wenn am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl wäre, käme die CDU/CSU auf 41 Prozent (unverändert), die SPD auf 26 Prozent (plus 1) und die Linke auf 9 Prozent (minus 1). Die Grünen könnten 11 Prozent, die FDP 4 Prozent und die AfD ebenfalls 4 Prozent erreichen (alle unverändert). Die anderen Parteien erzielten zusammen unverändert 5 Prozent. Neben Schwarz-Rot würde es damit weiterhin auch für Schwarz-Grün reichen. In einem dann weiterhin Vier-Parteien-Parlament hätte Rot-Rot-Grün ebenfalls eine klare Mehrheit.
AfD und Rechtsextremismus
Unmittelbar vor dem AfD-Parteitag, der eine Entscheidung im Streit um Führungspersonen und programmatische Positionen bringen soll, ist eine deutliche Mehrheit (63 Prozent) der Deutschen der Auffassung, dass sich die AfD nicht genügend von rechtsextremen Inhalten und Mitgliedern abgrenzt, lediglich 12 Prozent gehen hier von einer ausreichenden Distanzierung aus.
Islamistischer Terror
Nach den Anschlägen islamistischer Terroristen in der vergangenen Woche meinen 75 Prozent aller Befragten, dass deutsche Urlauber Angst um ihre Sicherheit in beliebten arabischen Urlaubsländern wie Ägypten, Tunesien und Marokko haben müssen, 21 Prozent sehen das nicht so. Ähnlich wie nach den Anschlägen in Paris im Januar befürchten 70 Prozent, dass es in nächster Zeit auch Anschläge islamistischer Terroristen in Deutschland geben wird, 27 Prozent befürchten das nicht.
Die Umfrage zum Politbarometer wurde wie immer von der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen durchgeführt. Die Interviews wurden in der Zeit vom 30. Juni bis 2. Juli 2015 bei 1234 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten telefonisch erhoben. Die Befragung ist repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Der Fehlerbereich beträgt bei einem Parteiateil von 40 Prozent rund +/- drei Prozentpunkte und bei einem Parteiateil von 10 Prozent rund +/- zwei Prozentpunkte. Daten zur politischen Stimmung: CDU/CSU: 45 Prozent, SPD: 28 Prozent, Linke: 8 Prozent, Grüne: 11 Prozent, FDP 3 Prozent, AfD: 4 Prozent. Das nächste Politbarometer sendet das ZDF am Freitag, 24. Juli 2015.
Weitere Informationen zur Methodik der Umfrage unter www.forschungsgruppe.de www.heute.de <http://twitter.com/ZDF>
Presse-Desk
Telefon: 06131 - 70-12108
pressedesk@zdf.de
Fotos sind erhältlich über ZDF Presse und Information, Telefon: 06131 - 70-16100, und über <http://presseportal.zdf.de/presse/politbarometer>
Mainz, 3. Juli 2015
ZDF Presse und Information

Pressekontakt

ZDF

55100 Mainz

Firmenkontakt

ZDF

55100 Mainz

den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland. Das ZDF startete mit ca. 2.200 fest angestellten Mitarbeitern und hat heute ca. 3.600 Mitarbeiter.